

# Wegweisendes Nein zum EMG

**Mit über 52% Nein-Stimmen konnte das Referendumskomitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) am 22. September einen historischen Erfolg verbuchen. Nach dem Nein zur ewz- und EKZ-Privatisierung (Juni 2000 und Juni 2001) sagten die Stimmenden in Stadt und Kanton Zürich zum dritten Mal Nein zu Liberalisierung und Privatisierung.**

## Tragende Rolle der Alternativen Liste

Die Alternative Liste/PdA, die schon bei den Abstimmungen gegen die Privatisierung von ewz und EKZ eine federführende Rolle spielte, hat zu diesem Erfolg aktiv beigetragen. Neben den Linksparteien der welschen Schweiz und den Gewerkschaften, namentlich dem VPOD, zählte die AL von Anfang an zu den tragenden Säulen der Referendumskampagne. Während sich die SP-Sektionen der Städte Zürich aktiv für ein Nein engagierten, übte sich die kantonale SP-Spitze in vornehmer Zurückhaltung, vier der zehn Zürcher Nationalräte (Aeppli, Gross, Marty Kaelin, Müller-Hemmi) firmierten gar als Mitglieder des linksrünen Pro-EMG-Komitees.

## Signalwirkung für Post und Bahn

Das Nein zum EMG ist mehr als nur ein Nein zur Oeffnung des Strommarktes. Am 22. September hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum ersten Mal die Möglichkeit, sich grundsätzlich zur Wünschbarkeit von Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienste zu äussern. Von daher kommt dem Abstimmungsergebnis eine weitreichende politische Signalwirkung zu; es ist auch von unseren politischen Gegenspielern bei der Economiesuisse entsprechend verstanden worden. Manches Privatisierungs-Projekt in Gemeinden und Kantonen dürfte nach diesem Nein in den Schubladen verschwinden, die Liberalisierungsmassnahmen bei Post, Telefon und Bahn haben einen empfindlichen Dämpfer erhalten.

## Al fordert Konsequenzen in Stadt und Kanton

Am 22. September hat das Volk sich für eine Beibehaltung der heutigen Gebietsmonopole und eine öffentliche demokratische Kontrolle der Stromversorgung ausgesprochen. Mit einem Bouquet von Vorstössen fordert die AL deshalb im Zürcher Gemeinde- und Kantonsrat,

- dass die im Vorgriff auf die jetzt vom Volk abgelehnte Liberalisierung des Strommarktes abgeschlossenen Rabatt-Verträge mit Grosskunden umgehend gekündigt werden;
- dass die Behörden von Stadt und Kanton sich aktiv dafür einsetzen, dass das EMG-Nein nicht durch eine Vereinbarung des Stromer-Dachverbandes VSE unterlaufen wird;
- dass auch Haushalte und KMU in Form von Pro-Kopf-Rückvergütungen von den Riesengewinnen des ewz der letzten Jahre profitieren;
- dass die Kantonsregierung ihre Pläne für eine Neuauflage der AXPO/EKZ-Fusion fallen lässt.

Niklaus Scherr, Mitglied des EMG-Referendumskomitees (AL-Info 3/2002)